

Resolution
der Vertreterversammlung 2004
des Deutschen Philologenverbandes

zur Bildungspolitik

Der Deutsche Philologenverband bekennt sich nachdrücklich zur originären Aufgabe des Gymnasiums, der Vermittlung einer vertieften Allgemeinbildung als Voraussetzung zu einer Studierfähigkeit für die Studiengänge an allen Hochschulen. Dem Gymnasium kommt damit als einer tragenden Säule unseres Bildungssystems eine zentrale Rolle zu und es muss diesen wichtigen Auftrag auch in der Zukunft erfüllen. Das Gymnasium ist die einzige, direkt auf alle Studiengänge hin führende Schule. Alle anderen Wege sind Sonderwege, die inhaltlich wie strukturell mit dem gymnasialen Bildungsgang unvergleichbar sind. Das Abitur als allgemeine Hochschulzugangsberechtigung war und ist das hinsichtlich seiner Prognosekraft für den künftigen Studienerfolg zuverlässigste Hochschulzugangszertifikat, wobei nur ein Abitur auf hohem Niveau verhindert, dass sein Wert sinkt und letztendlich Hochschuleingangsprüfungen das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung ersetzen.

Gymnasiale Bildung reagiert auf gesellschaftlichen Wandel, ohne dabei traditionelle Inhalte und Werte zu vernachlässigen. Zur Lösung der Zukunftsaufgaben ist ein hoher Qualitätsstandard der schulischen und außerschulischen Bildung unabdingbar. Nicht erst die öffentliche, häufig kontrovers geführte Diskussion über die Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudien haben die Auseinandersetzung über Qualität von Schule und Unterricht intensiviert und ein größeres Bildungsbewusstsein hervorgerufen.

Der Deutsche Philologenverband erwartet von allen Landesregierungen, dass sie den Gymnasien die personellen, finanziellen und infrastrukturellen Ressourcen zur Verfügung stellen, die diese zur bestmöglichen Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages benötigen. Wesentliche Punkte sind für ihn dabei:

- Das Gymnasium kann seine Bildungsaufgabe nur dann erfüllen, wenn es in seiner Gesamtheit von der Klassenstufe 5 bis zum Abitur als eine Bildungseinheit gesehen wird und inhaltlich wie methodisch qualitativvoller Unterricht durch entsprechende Ausstattungen mit Personal wie Material gesichert ist. Eine Verlängerung der Grundschulzeit würde den gymnasialgeeigneten Schülerinnen und Schülern die rechtzeitige begabungsgerechte Leistungsförderung vorenthalten.

- Die Förderung der Kinder und ihre frühzeitige Vorbereitung auf die Anforderungen schulischen Lernens muss bereits im Vorschulalter beginnen, von da an unterstützt werden und zum Abschluss der Grundschule in verlässliche, also in überprüfbare und standardorientierte Abschlussqualifikationen münden. Daraus muss sich eine eignungsbezogene Entscheidung über den Besuch der weiterführenden Schulen ergeben.
- Der Deutsche Philologenverband begrüßt ausdrücklich den Trend zu mehr Vergleichbarkeit bei Abiturprüfungen in und zwischen den Bundesländern. Zentrale Aufgabenstellungen in den Ländern können dabei ein hilfreiches Element sein. Es muss an allen Schnittstellen des Schulsystems zu einer Selbstverständlichkeit werden, dass bei aller Rücksicht auf den Föderalismus die Bildungsabschlüsse sowie die Leistungen der Schüler, auch verschiedener Schulen und Schulformen, miteinander verglichen werden. Deshalb betrachtet er auch die Vereinbarung von Bildungsstandards als sinnvoll und notwendig. Die Grundlage allen Fachunterrichts müssen jedoch verbindliche schulartspezifische Lehrpläne sein. Der Deutsche Philologenverband fordert, dass diese Regelstandards nicht zu einer Einengung des Bildungsauftrags der unterschiedlichen Schularten führen. Die Einhaltung der Bildungsstandards in den Ländern muss durch entsprechende – auch externe - Evaluationsmaßnahmen überprüft werden. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Leistungsunterschiede zwischen den Schulen in den Bundesländern, wie unlängst die IGLU-Studie erneut gezeigt hat, beängstigend hoch und damit regional diskriminierend geworden sind.
- Fachunterricht und fachübergreifendes sowie fächerverbindendes Lernen gehören zusammen. Die Fähigkeit zur Vernetzung von verschiedenen Aufgabengebieten und Fragestellungen erwächst jedoch allein aus der soliden Fachkenntnis und dem grundlegenden Basiswissen im einzelnen Fach, weshalb die Beibehaltung des Fach- und Fachlehrerprinzips für den gymnasialen Bildungsweg unverzichtbar bleibt.
- Der Deutsche Philologenverband setzt sich nachdrücklich für die grundständige, schulartspezifische und durchgehend bis zum Ersten Staatsexamen führende universitäre Lehrerbildung ein. Auch internationale Vergleiche zeigen, dass die Lehrerausbildung in Deutschland einen hohen Qualitätsstandard besitzt. Bei der Weiterentwicklung des Lehrerstudiums, wie sie beispielhaft die „Gemischte Kommission Lehrerbildung“ der KMK vorgeschlagen hat, soll die Verzahnung der fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Studienanteile verbessert werden. Allerdings darf das gymnasiale Lehramtsstudium nicht vom fachwissenschaftlichen Studium abgekoppelt werden. Das Promotionsrecht muss erhalten bleiben. Die Lehrerbildung besteht aus zwei Phasen mit dem Schwerpunkt eines vertieften Studiums der Fachwissenschaften neben fachdidaktischen und erziehungswissenschaftlichen Anteilen in der ersten Phase und Erziehungswissenschaft, Fachdidaktik und Unterrichtspraxis in der zweiten Phase im zweijährigen gymnasialen Vorbereitungsdienst. Als dritte Säule kommt die berufsbegleitende Fortbildung hinzu.

Abgelehnt wird dagegen die konsekutive Lehrerbildung, da sie aus der Sicht der Lehramtsprofession nicht zu dem gewünschten Ergebnis führt. Das Studium wird künstlich horizontal zerteilt, um den Bachelor zu etablieren, der für die Lehrerbildung zu keinem verwertbaren Abschluss führt. In der Masterphase an der Universität kann die schulartbezogene Ausbildung angehender Lehrkräfte

nicht in dem erforderlichen Maße erfolgen. Auf die anschließende zweijährige Referendarsausbildung kann auf keinen Fall verzichtet werden.

Als grundsätzliche Erwägung kommt hinzu, dass es aus deutscher Sicht keinen Grund für eine Umstellung oder gar Abschaffung dieses Ausbildungsbereichs gibt, zumal - etwa mit Blick auf die EU - bundesweite Regelungen bestehen, auch Absolventen anderer Länder in die Berufstätigkeit als Lehrer in Deutschland zu integrieren. Zudem wird im Gegensatz zu anderen Studiengängen die Lehrerausbildung in Deutschland seit jeher nicht durch Universitätsprüfungen abgeschlossen, sondern durch Staatsexamina, die ausschließlich für die Aufnahme in den Staatsdienst durchgeführt werden, weil der Staat durch den Beamtenstatus faktisch ein Beschäftigungsmonopol für Lehrer hat. Dieser würde aber bei einer Umstellung der Lehrerausbildung auf ausschließlich von der Universität vergebene Bachelor- und Masterabschlüsse seinen Qualität, Inhalte und Vergleichbarkeit sichernden Einfluss verlieren. Auch die Existenz des Vorbereitungsdienstes als unverzichtbare Praxisphase vor Berufsantritt wäre dann gefährdet.

- Auch gut ausgebildete und – motivierte Lehrerinnen und Lehrer können Unterricht und außerunterrichtliche Aktivitäten nur dann erfolgreich gestalten, wenn die Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit stimmen. Bessere Bildung und Erziehung, also die besondere Zuwendung zum Kind und seine individuelle Betreuung, verlangen ein politisches Bekenntnis zu verstärkten Bildungsanstrengungen und zu vermehrten Investitionen in das Bildungssystem nach dem Vorbild der PISA-Siegerländer.

Das bedeutet z.B.:

- kleinere Klassen, Kurse und Lerngruppen,
- eine vielfach bessere räumliche Ausstattung in den Schulen,
- entsprechende moderne Ausstattungen mit Lehr- und Lernmitteln unter besonderer Berücksichtigung der neuen Kommunikations- und Informationstechniken,
- vermehrte Einstellung von jungen, gut ausgebildeten Philologinnen und Philologen,
- die Absenkung der in allen Ländern zu hohen Unterrichtsverpflichtung verbunden mit mehr Entlastungsstunden für zusätzliche Aufgaben sowie
- bessere Beförderungschancen und eine leistungsgerechtere Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer.

Wenn das Gymnasium in besonderem Maße auf den wissenschaftlich-technischen wie den sozialen Wandel reagieren und auf ihn vorbereiten soll, bedarf es eines eindeutigen Bekenntnisses von Politik, Medien und Gesellschaft zu seinem Bildungsauftrag. Es müssen aber auch die finanziellen Aufwendungen für die Gymnasien erhöht werden. Bekenntnisse allgemeiner Art über die Bedeutung von Bildung und ihre Qualität genügen nicht, unseren Jugendlichen bestmögliche Zukunftschancen in einem hochqualifizierten Schulsystem zu sichern.

- Die Struktur des Gymnasiums wird stark durch seine Oberstufe geprägt. Die Erfahrungen mit dem Konzept der dreijährigen differenzierten gymnasialen Oberstufe des Jahres 1972 haben gezeigt, dass Differenzierung und Schwerpunktbildung allein eine breite und vertiefte Allgemeinbildung nicht sicherstellen können. Deshalb ist es an der Zeit, die bisherige gymnasiale

Oberstufe weiterzuentwickeln, um den modernen Anforderungen im Hinblick auf die Sicherung der Allgemeinbildung und das Erreichen umfassender Studierfähigkeit genügen zu können.

Das bedeutet vor allem, dass die für jedes Hochschulstudium wichtigen Fächer Deutsch, Fremdsprachen und Mathematik verpflichtend belegt werden und in der Abiturprüfung abgeprüft werden müssen. Aus verschiedenen Wahlpflichtbereichen können bis dahin nach Interesse und Neigung weitere Wahlpflichtfächer ausgewählt werden, die den Pflichtfachkanon ergänzen. Dazu sollte eine besondere, fachübergreifend ausgerichtete Schwerpunktbildung ermöglicht werden, die sich je nach Möglichkeit und Angebot der Schule ergeben kann.

- Der Deutsche Philologenverband setzt sich mit Nachdruck für die Beibehaltung des Niveaus und des Anspruchs gymnasialer Bildung und der Qualität des Abiturs ein. Deshalb lehnt er den Trend zur Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in Deutschland ab, da nach wie vor die Qualität des Abiturs, die Vermittlung der allgemeinen Hochschulreife mit umfassender Studierfähigkeit, gesichert und gewährleistet werden soll. Der Deutsche Philologenverband sieht in einem neunjährigen durchgängigen Gymnasium dafür die beste Voraussetzung. Er wird sich allerdings der Diskussion über die konkrete Ausgestaltung des achtjährigen Gymnasiums nicht entziehen.

Nach Änderungen durch den Bildungspolitischen Ausschuss in vorliegender Form vom Bundesvorstand am 8.5.2004 beschlossen.